

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 7. Dezember 1983

Blatt 3315

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:           Wiener Landtag  
(rosa)                Wiener Gemeinderat

Nur

über FS:            Brand in Autobahntankstelle Auhof  
                      1200 Mann, 450 Fahrzeuge im Winterdiensteinsatz  
                      Älteste Österreicherin gestorben

## Wiener Landtag (1)

Utl.: Krankenanstaltengesetz

=++++

3 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Um 9 Uhr trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz von Landtagspräsident PFOCH (SPÖ) zu einer Geschäftssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen eine Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz und das von allen drei Fraktionen gemeinsam eingebrachte Wiener Prostitutionsgesetz.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) verwies darauf, daß die Novelle zum Krankenanstaltengesetz eine eindeutige Regelung der Organentnahme zum Zweck der Transplantation beinhalte.

Durch die Neuregelung, eine Abwägung ethischer und medizinischer Problemkreise, kommt es, betonte LABg. KÖNIG (SPÖ) zur sogenannten "Widerspruchslösung". Das bedeutet, daß nicht die Zustimmung des Spenders nötig ist, sondern nur dessen ausdrückliche Verweigerung eine Organentnahme nach dessen Tod unmöglich macht. Ein Organspenderausweis wie in anderen Ländern ist daher nicht mehr notwendig. König verwies darauf, daß das Gesetz alle Sperren eingebaut hat, die ein Geschäft mit Körperteilen verhindert. König der selbst Dialysepatient ist, betonte die Notwendigkeit von Nierentransplantationen. 2.000 Nierenkranke in Österreich warten gegenwärtig auf eine Transplantation. Durch diese Novelle wird ihnen eine Chance gegeben. (Forts.) fk/ap

## Wiener Landtag (2)

Utl.: Krankenanstaltengesetz

=++++

4 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) betonte, es sei gelungen, eine befriedigende Lösung der schwierigen Materie zu finden. Auch auf Bundesebene gab es diesbezüglich eine Dreiparteieneinigung.

Das Gesetz biete eine einwandfreie Chance, die notwendigen Transplantationen durchzuführen, betonte StR. STACHER abschließend. Vor einigen Jahren wurde ein Chirurg wegen einer Knochentransplantation unter Anklage gestellt. Das ist nun nicht mehr möglich.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig beschlossen. (Forts.) fk/ko

Wiener Landtag (3)

Utl.: Wiener Prostitutionsgesetz

=++++

5 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte die Neuregelung des Wiener Prostitutionsgesetzes. Diese Neuregelung sei vor allem wegen der Wohnungsprostitution und der damit verbundenen Belästigung von Wohnparteien notwendig geworden, sagte Seidl. Das neue Gesetz beinhalte daher ein generelles Verbot der Wohnungsprostitution, erlaube jedoch die Prostitution in nur von Prostituierten bewohnten Häusern mit gesondertem Zugang von der Straße her. Von einer Bordell-Lösung habe man abgesehen, da diese die Prostituierten in ein Abhängigkeitsverhältnis bringe. Insgesamt biete das neue Gesetz eine Regelung in vertretbarer Form, die die Prostitution nicht in die Illegalität abdränge, den Prostituierten die Unabhängigkeit bewahre und auch das bisher geltende Heiratsverbot der Prostituierten tilge.

Labg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, er sei der Meinung, daß sich mit diesem Gesetzentwurf alle Fraktionen identifizieren könnten. Der Entwurf trage den berechtigten Forderungen nach dem Verbot der Wohnungsprostitution Rechnung und schütze damit die Bevölkerung. Zusätzliche Schutzzonen um Kirchen, Schulen und auch Kasernen sowie die Einbindung der Bezirksvertretung bei auftretenden Schwierigkeiten seien als Komplettierung der Schutzmaßnahmen anzuführen. Insgesamt bewege sich das Gesetz jedoch in einem liberalen Rahmen. Schließlich könne die Prostitution in einer Großstadt nicht abgeschafft werden. Von zusätzlichen Strafen für Zuhälter wurde abgesehen, es sei jedoch zu hoffen, daß auf Bundesebene neue Strafbestimmungen getroffen werden, um die Auswüchse der Zuhältereie zu bekämpfen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Wiener Prostitutionsgesetz

=++++

6 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Prostitution sei ein Problem, dem hunderte Wiener seit Jahren schutzlos ausgeliefert seien, sagte LABg. Dr. KRASSER (ÖVP). Die ÖVP habe sich mit einem Initiativantrag energisch dafür eingesetzt, das Prostitutionsgesetz vorzuziehen.

Er halte den Entwurf des Prostitutionsgesetzes für durchaus brauchbar, betonte Krasser. Die Einbeziehung der Bezirksvertretung sei seinem Vorschlag zu danken. Er habe allerdings auch vorgeschlagen, ein Vergehen im Rahmen des Prostitutionsgesetzes als fortgesetztes Delikt zu behandeln. Strafsätze von bis zu 50.000 Schilling und im Wiederholungsfall bis zu 100.000 Schilling seien bei den Umsätzen in dieser Branche geradezu unerheblich.

Krasser behandelte auch das Zuhältergesetz und warf dem ehemaligen Justizminister Broda vor, dieses Gesetz entschärft zu haben.

Krasser kritisierte die noch ausständige Bearbeitung des Landstreichergesetzes und der Bestimmungen "zum Schutz der Ehre". Er appellierte an StR. Seidl, längst Versäumtes in diesem Bereich ehestens nachzuholen. (Forts.) jel/ko

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Wiener Prostitutionsgesetz

=++++

7 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) LABg. HOLUB (SPö) unterstrich das Bemühen aller drei Fraktionen des Landtages um eine einvernehmlich Regelung der Prostitution. Dieser Themenkreis sei deshalb aus den Vorbereitungen für ein neues Sicherheitsgesetz herausgelöst worden, weil hier Maßnahmen dringend erforderlich seien. Man müsse in einem demokratischen Staat die Prostitution als Realität anerkennen, aber Formen finden, durch die Belastungen der unbeteiligten Bevölkerung weitestgehend unterbunden werden. Besonders wichtig sei in diesem Zusammenhang, daß Maßnahmen gegen die Wohnungsprostitution gesetzt werden, ohne daß deshalb der Straßenstrich verstärkt werde.

LABg. Holub verwies darauf, daß die Dirnen immer mehr zur Handelsware herabsinken. Er brachte daher einen DREIPARTEIENANTRAG ein, mit dem der Landtag die zuständigen Stellen dringend ersucht, die Bestimmungen im Strafgesetzbuch über die Zuhälterei so zu ändern, daß dem mit der Prostitution verbundenen Zuhälterwesen und seinen Auswüchsen wirkungsvoller als bisher entgegengetreten werden kann.

Seinen Dank richtete LABg. Holub, der Vorsitzende des Unterausschusses zur Beratung dieses Gesetzes, an alle, die am Zustandekommen mitgewirkt haben, und würdigte auch, daß aus den großen Tageszeitungen die Sexinserterate verschwunden sind.

In ihrem SCHLUSSWORT gab StR. Friederike SEIDL ihrer Zuversicht Ausdruck, daß das neue Gesetz wirkungsvoll die Wohnungsprostitution verhindern werde, und dankte für die Zusammenarbeit in Ausschuß und Unterausschuß.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen. Auch der von LABg. Holub eingebrachte Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Landtagssitzung war um 10.10 Uhr beendet.

(Schluß) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

8 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Anschließend an die Sitzung des Landtages setzte der Wiener Gemeinderat seine Budgetberatungen mit dem Kapitel Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz fort.

Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) legte drei Schwerpunkte für die Arbeit in ihrem Ressort fest: Die Verbesserung der öffentlichen Meinung über Beamte, verständliche Gesetze und Verordnungen sowie die Forcierung von vorbeugendem Konsumentenschutz. Seidl forderte den Wiener Gemeinderat auf, nicht nur in der jährlich wiederkehrenden Budgetdebatte den Beamten Dank auszusprechen, sondern auch während des Jahres hinter ihnen zu stehen. Anfang 1984 soll eine Untersuchung über den Zufriedenheitsgrad der Wiener Bevölkerung mit der Stadtverwaltung in Auftrag gegeben werden. Untersucht werden vorerst etwa zwanzig Dienststellen. Die Ergebnisse sollen zu konkreten Maßnahmen führen.

Das neue Wiener Prostitutionsgesetz sei ein Beweis dafür, daß auch klar und verständlich formulierte Gesetze möglich sind. Es gibt eine Reihe von legislativen Notwendigkeiten, die in Angriff genommen werden sollen.

Der Konsumentenschutz sei ein Bereich, in den die Wiener Bevölkerung die höchsten Erwartungen setzt, betonte Seidl. Ein Vorfall mit von Hormonen verseuchtem Kalbfleisch habe zu entsprechenden Verordnungen seitens des Gesundheitsministers geführt.

Wie wichtig und wirkungsvoll vorbeugender Konsumentenschutz sein kann, zeige auch eine kürzlich abgeschlossene Untersuchung des Veterinäramtes. Bei der Untersuchung von Schweinen und Kälbern auf Antibiotika und Sulfonamide habe sich kein einziger Fall verbotener Antibiotika ergeben. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz  
=++++

9 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) befaßte sich mit der nach seiner Meinung unterschiedlichen Handhabung der Disziplinarbestimmungen. Während der Magistrat manchmal mit Großzügigkeit und Milde vorgehe, werde in anderen Fällen mit unerbittlicher Härte zugeschlagen. So vermisse er, Hirnschall, Maßnahmen gegen die Verantwortlichen für die Vorfälle im Standesamt Margareten, wo gegen Vermittlungsprovisionen Staatsbürgerschaftsehen geschlossen wurden. Auch die Verantwortlichen für die Vorgänge im Pavillon XVI des Psychiatrischen Krankenhauses wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Im menschlich tragischen Fall des ehemaligen Leiters des Reservegartens Hirschstetten wurde das Disziplinarrecht dagegen ohne Milde angewendet. Hirnschall appellierte an die zuständige Stadträtin, für mehr Ausgewogenheit und Gerechtigkeit in der Handhabung des Disziplinarrechtes zu sorgen. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz  
=++++

10 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (öVP) forderte eine Reform der Wiener Stadtverfassung in Richtung verstärkter Demokratisierung. Er erinnerte daran, daß die öVP vier Anträge bezüglich mehr Mitbestimmung, mehr Bürgerrechte, mehr Dezentralisierung und mehr Kontrolle eingebracht habe. Die SPö scheine jedoch, so Welan, die weitere Behandlung dieser Punkte zu blockieren. Um Demokratie aktiv zu leben, sei mehr notwendig, als Wahlen und Mehrheitsentscheidungen. Insbesondere sollten in Wien die Bezirksvertretungen mehr Möglichkeiten zur Selbstverwaltung bekommen, was in vielen Belangen eine einfachere und sparsamere Abwicklung ermöglichen würde. Auch in den Bereichen der politischen Verantwortung und der finanziellen Kontrolle seien neue Kriterien einer verstärkten Demokratisierung notwendig. Schließlich sprach Welan noch die Kontrollfunktion der Massenmedien an. Diese müßten sich, dem Rang Wiens entsprechend, mehr mit den Problemen unserer Stadt beschäftigen. (Forts) gab/ap

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz

=++++

11 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Personalpolitik der Stadt Wien könne nicht nur vom Standpunkt der wirtschaftlichen Notwendigkeit gesehen werden, erklärte GR. Elisabeth SCHINDLER (SPÖ), sondern auch unter Berücksichtigung sozialpolitischer Maßnahmen. Wenn der Stadtverwaltung immer wieder neue Aufgaben übertragen werden, dann müsse dies konsequenterweise auch mit einem Mehr an Mitarbeitern verbunden sein. Deshalb sei die Auffassung, durch eine Umgruppierung am Personalsektor den Mehrbedarf aufzufangen, falsch. Von den derzeit 60.000 Mitarbeitern seien rund 6.000 als reine Schreibtischarbeiter, die große Mehrheit jedoch auf dem Dienstleistungssektor tätig. Die Leistungen für das Personal steigen im Budget 1984 gegenüber 1983 nominell um 646 Millionen auf rund 19,5 Milliarden Schilling, der prozentuelle Anteil sinkt dagegen um 0,5 Prozent.

Für das kommende Jahr sieht der Dienstpostenplan der Hoheitsverwaltung eine Erhöhung der systemisierten Posten um 727 vor. Mehr als die Hälfte dieser neuen Dienstposten entfällt auf die Kranken- und Pflegeanstalten der Stadt Wien. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

12 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Es gebe heute Schutz für Pflanzen, Tiere und Denkmäler, aber keinen Schutz der Bevölkerung bei der Inanspruchnahme von Leistungen der öffentlichen Hand, sagte GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP). Es gebe auch keinen Konsumentenschutz im Gesundheitswesen, sondern organisatorische Gleichgültigkeit in den Spitälern, wie zum Beispiel das Abschieben einer alten, im Sterben liegenden Frau in ein "Besenkammerl", um, wie es geheißen habe, "die anderen Patienten nicht zu stören".

Ein Schutz der Konsumenten sei auch im Zusammenhang mit dem Belastungspaket der Regierung erforderlich, das die sozial Schwächeren am stärksten träfe. Eine Budgetsanierung dürfe nicht nur durch vermehrte Einnahmen erfolgen, sondern bedürfe auch der Einsparungen bei den Ausgaben. Es müsse eine Kontrollinstanz eingerichtet werden, die die Rechtmäßigkeit öffentlicher Ausgaben zu überprüfen hätte. Die Bürger müßten bei der Entscheidung mitwirken können, wofür von der öffentlichen Hand wieviel Geld ausgegeben wird. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz  
=++++

13 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Thema Konsumentenschutz nahm GR. KNEISLER (SPÖ) Stellung. Neben den kleinen Lebensmittelgeschäften und den Supermärkten müsse die Bedeutung der Wiener Märkte besonders hervorgehoben werden. Das Marktamt der Stadt Wien verwaltet und überwacht derzeit 24 offenen Märkte, zwei Markthallen sowie fünf temporäre Märkte. Bei den temporären Märkten ergibt sich das Problem, daß sie nicht immer von den Bewohnern angenommen werden. Als Beispiel dafür nannte Kneisler den temporären Markt am Rennbahnweg, der trotz eines Einzugsgebietes von 10.000 Bewohnern nicht im erwarteten Ausmaß angenommen wird.

In Wien bestehen rund 90.000 Betriebe, auf die lebensmittelrechtlichen Vorschriften anwenbar sind. Es wird angestrebt, jeden Betrieb wenigstens einmal jährlich zu kontrollieren. 1982 wurden 46.947 Revisionen durchgeführt und 19.114 Proben gezogen. Die Amtstierärzte der Magistratsabteilung 60 überprüften 306 Fleischhauereibetriebe. Auch die Pilzberatung ist zu einer wichtigen und bewährten Einrichtung geworden. Zahlreiche Kontrollen des Marktamtes wurden zur Einhaltung des Preisgesetzes durchgeführt. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz  
=++++

14 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Bürokratie ist in den Augen der Bürger dieser Stadt eine ständige Quelle des Unbehagens, betonte GR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP). Diese Kritik habe aber ihre Ursachen nicht in den Beamten selbst, sondern in der komplizierten, verfilzten, unpersönlichen Verwaltung, in einem bürokratischen System, für das die politische Führung die Verantwortung träge. Er sehe keine Ansätze zur Verwaltungsreform, sagte Engelmayer und kritisierte die Superkompetenzen der Magistratsdirektion. Die 19 Magistratischen Bezirksämter hätten nur die Hälfte der Dienstposten, über die allein die Magistratsdirektion verfüge. Man habe den Eindruck, daß die inneradministrativen Hilfseinrichtungen der Verwaltung bereits zum Selbstzweck geworden seien.

Heftige Kritik übte Engelmayer an der Personalpolitik. Spitzenpositionen werden seiner Meinung nach unter parteipolitischen Kriterien vergeben.

Den Bürgerdienst bezeichnete Engelmayer als wertvoll und wichtig. Damit werde aber zugegeben, daß die Verwaltung nicht mehr agiert, sondern reagiert. Der Bürgerdienst übernimmt eine Mittlerfunktion gegenüber einer Bürokratie, die mit den Bürgern gar nicht mehr direkt verkehren kann.

Die Volkspartei tritt für eine bürgernähere, sparsamere und objektivere Verwaltung ein. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz  
=++++

15 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Gr. KOPFENSTEINER (SPÖ) wandte sich gegen die Aussage von GR. Ing. ENGELMAYER, in Wien sei das Parteibuch für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst notwendig. Daß dies nicht so sei, zeige sich ja bei den Personalvertretungswahlen, bei denen es im Gegensatz zu Niederösterreich keine 99-Prozent-Ergebnisse gebe. Ebenso gebe es keine Manipulation bei Beförderungen. Diese seien ja in den letzten Jahren vom Personalausschuß stets einstimmig beschlossen worden. Keine Partei sollte die Beamten für sich reklamieren, schloß Kopfensteiner. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz  
=++++

17 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Auf das immer noch offene Problem "Personalvertretungsgesetz" wies GR. HAHN (ÖVP) hin. Er richtete ein dringendes Ersuchen an StR. SEIDL, dieses Gesetz so rasch wie möglich zu verabschieden.

Sowohl für ein Personalvertretungsgesetz als auch für eine Novellierung des Disziplinarrechtes seien bereits Vorschläge vorhanden, sagte StR. Friederike SEIDL (SPÖ). Sie bat aber auch um Verständnis, daß alle offenen Rechtsfragen nur Zug um Zug in Angriff genommen werden könnten.

Seidl betonte, daß der komplette Akt über die Ereignisse in Steinhof der Staatsanwaltschaft übermittelt worden sei. Während eines anhängigen Strafverfahrens könne kein Disziplinarverfahren durchgeführt werden.

Zu einer Reform der Verfassung in Hinblick auf mehr Bürgernähe und Beteiligung der Bezirksvertretungen erklärte Seidl, dies sei bereits im Ausschuß beraten worden. In diesem Zusammenhang habe sie auch die drei Klubs schriftlich dazu aufgefordert, Gespräche zu führen. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz  
=++++

18 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Gestaltung der Tarife und Steuern gebe es von der Bevölkerung gewählte Gremien. Sie sehe deshalb keinen Grund, auch hier eine Art von Konsumentenschutz zu schaffen, sagte Seidl.

Die Argumentation, daß die Verwaltung schlecht, die Beamten aber gut seien, führe sich selbst ad absurdum meinte Seidl zum Debattenbeitrag von Gr. Ing. ENGELMAYER (ÖVP). Mit Bezeichnungen wie "Stadtbürokratie" für die Verwaltung erreiche man sicher keine Imageverbesserung. Seidl kündigte eine für Anfang 1984 geplante Befragung der Mitarbeiter der Stadt Wien und der Bevölkerung im Parteienverkehr an, von der wertvolle Aufschlüsse zu erwarten sind.

Schärfstens wies Seidl die Behauptung zurück, daß eine SPÖ-Mitgliedschaft ein Erfordernis für eine Anstellung bei der Stadt Wien sei. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Schlußwort von Stadtrat Mayr  
=++++

19 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) unterstrich in seinem Schlußwort, daß in den Budgetverhandlungen früherer Jahre wesentlich schärfere Diskussionen stattgefunden hatten und diesmal sachlich über sachliche Probleme gesprochen worden sei. Mayr wertete dies als gutes Zeichen für die weitere demokratische Arbeit im Gemeinderat.

Zwtl.: Abstimmung über das Budget 1984

- o Das Budget für das Jahr 1984 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, ein Abänderungsantrag der ÖVP mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.
  - o Einstimmig angenommen wurden der Antrag zur Schaffung einer Psychiatriekommission einschließlich der von der FPÖ beantragten Ergänzung sowie ein SPÖ-Antrag betreffend Immissionsschutz gegen Verkehrslärm. Alle anderen eingebrachten Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.
  - o Die zum Budget eingebrachten Erinnerungen wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.
  - o Der Antrag auf Überprüfung der Gebühren und Tarife durch den Gemeinderat (Gebührenspegel) wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.
  - o Der Finanz- und Investitionsplan 1984 bis 1988 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.
  - o Die Neufestlegung der Wertgrenzen wurde einstimmig angenommen.
- (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

20 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1984 sei gekennzeichnet durch mehr Investitionen, weniger Verluste und ein besseres Service für die Kunden, stellte StR. HATZL (SPÖ) fest. Seine Hauptziele sind die ausreichende und sichere Versorgung mit Energie und das klaglose Funktionieren der öffentlichen Verkehrsmittel. Die Wiener Stadtwerke werden 1984 Investitionen im Gesamtbetrag von 2.848 Millionen Schilling - um 225 Millionen mehr als 1983 - vornehmen. Der Verlust wird voraussichtlich 237 Millionen Schilling betragen, um 239 weniger als 1983. Der gesamte Geldbedarf der Wiener Stadtwerke wird 1984 rund 23 Milliarden Schilling ausmachen. Im kommenden Jahr wird die Schuldentilgung höher sein als die Neuverschuldung, wodurch der Gesamtstand der Schulden verringert werden kann.

Die E-Werke werden bei einem Umsatz von rund 9,3 Milliarden einen Gewinn von 394 Millionen Schilling aufweisen, wobei dieser Gewinn für die notwendigen Investitionen nicht ausreicht. Die E-Werke planen Investitionen in der Höhe von 1.614 Millionen Schilling. Der Schwerpunkt dieser Investitionen liegt auf der Fortleitung und Verteilung der elektrischen Energie. Die 380 kV-Leitung soll weiter ausgebaut werden, im Sommer 1984 soll ein neues Kundendienstzentrum in der Spitalgasse in Betrieb gehen.

(Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

21 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Gaswerke planen Investitionen für 1984 in der Höhe von rund 330 Millionen Schilling. Auch hier liegt der Schwerpunkt auf der Fortleitung der Energie. Das bedeutendste Projekt der Gaswerke wird die Hochdruckringleitung rund um Wien mit dem voraussichtlichen Baubeginn 1984 sein.

Durch die Tarifregulierung der Verkehrsbetriebe wird es 1984 möglich sein, zusätzliche Investitionen von nahezu 200 Millionen Schilling der Wiener Wirtschaft zufließen zu lassen. StR. Hatzl wies darauf hin, daß keine andere Stadt in Österreich für Dauerkunden so günstige Tarife hat wie Wien.

Die Städtische Bestattung plant für 1984 Investitionen in der Höhe von 17,7 Millionen Schilling.

Im Dienstpostenplan der Wiener Stadtwerke sind 1984 15.307 Beschäftigte vorgesehen. Die Anzahl der Lehrlinge wird von 388 auf 429 steigen.

Der Investitionsaufwand der Heizbetriebe Wien wird 1984 um 200 Millionen Schilling auf 700 Millionen steigen.

Schwerpunkt im U-Bahn-Bau ist der Neubau der Linien U 3 und U 6. Auch hier steigt der Ausgabenrahmen um fast 600 Millionen Schilling im Vergleich zu 1983. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

22 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Mit 1. Jänner steigen wieder die Tarife, der Einzelfahrschein kostet dann 18 Schilling stellte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) fest. Man könne den Fahrschein bald als Wertpapier bezeichnen. Ein Vergleich mit anderen westeuropäischen Großstädten zeige, daß Wien im Spitzenfeld liegt. So kostet der Einzelfahrschein in München 14 Schilling, in Frankfurt am Main, 10,50 Schilling, in Zürich 12,25 Schilling und für die Metro in Paris 12,90. Während in Graz seit 1981 die Tarife unverändert sind, hat Wien bereits die dritte Erhöhung innerhalb von vier Jahren.

Trotz der Tariferhöhung fehlt ein überzeugendes Beschleunigungsprogramm. Die Bevölkerung könnte eventuell die Tariferhöhungen akzeptieren, würden die öffentlichen Verkehrsmittel pünktlicher und schneller fahren.

Zur energiepolitischen Situation stellte Pawkowicz fest, daß eine Gefahr der Ostabhängigkeit bestehe. Umweltfreundlichere Energiereserven, z.B. die Wasserkraft, müssen genutzt werden. Es muß möglich sein, den technischen Fortschritt so zu integrieren, daß gewachsene Kulturlandschaften nicht zerstört werden. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

23 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STRATIL (ÖVP) setzte sich für einen Tarifstopp auf drei Jahre bei den Wiener Stadtwerken ein. Stratil begründete diese Forderung damit, daß bei den Wiener Stadtwerken seitens der Hoheitsverwaltung künstlich ein Defizit aufrecht erhalten werde, um durch dieses "Defizitimage" die Basis für weitere Tariferhöhungen zu schaffen. In diesem Zusammenhang führte Stratil unter anderem an, daß die Hoheitsverwaltung ihrer 1979 eingegangenen Verpflichtung eines jährlichen Betriebskostenzuschusses für die Verkehrsbetriebe nicht in ausreichendem Ausmaß nachkomme, daß die Sozialtarife bei den Verkehrsbetrieben diesen nicht refundiert werden, und vor allem, daß die Stadtwerke an die Hoheitsverwaltung eine Gebrauchsabgabe von 399,5 Millionen Schilling zu entrichten hätten. Stratil stellte den BESCHLUSSANTRAG, den Wiener Stadtwerken in Zukunft die Gebrauchsabgabe zu erlassen. Sollten diese und eine Reihe weiterer Maßnahmen berücksichtigt werden, würden die Stadtwerke statt eines Verlustes von 237,5 Millionen Schilling einen Gewinn von 446 Millionen Schilling ausweisen, sagte Stratil. Die Forderung nach einem Tarifstopp sei daher gerechtfertigt. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

24 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Wien verfüge über ein umfassendes Energiekonzept, das seit 1978 die Grundlage für die Wiener Energiepolitik darstellt, erklärte GR. EDER (SPö). Betrachte man die Daten, Zahlen, Investitionen und den Inhalt der ersten Fortschreibung des Energiekonzeptes, könne man feststellen, daß Wiens Energieversorgung auf einer gesicherten und soliden Basis beruhe. Der Stromverkauf der Wiener E-Werke wird im Jahr 1984 voraussichtlich 5.912 GWH betragen, was einen Anstieg von 2,6 Prozent gegenüber 1983 bedeute. Der gesamte Strombedarf wird zu 57,3 Prozent durch Eigenaufbringung und zu 42,7 Prozent durch Fremdstrombezug gedeckt. Bei der Stromversorgung der kalorischen Kraftwerke wird der Erdgasanteil 1984 bereits 52,6 Prozent ausmachen, was eine erhebliche Senkung der Schwefelemissionen bedeutet.

Eder appellierte an alle Fraktionen, das Ziel eines österreichischen "Einheitstarifs" verstärkt anzustreben. Unterschiedliche Energietarife in Österreich schaffen ungleiche Produktionsbedingungen.

Die Absatzentwicklung bei den Wiener Gaswerken ist besonders von der Außentemperatur abhängig. Für 1983 wird deshalb eine Minderabgabe von 1,9 Prozent erwartet. Mit der Übernahme zusätzlicher Erdgasmengen aus der UdSSR werde ein wesentlicher Beitrag zur Versorgungssicherheit geleistet. Die Heizbetriebe Wien versorgen, erklärte Eder, mit einem 150 Kilometer langen Netz bereits 70.000 Haushalte mit Fernwärme. Neben dem Normalbudget wurde für 1984 ein Eventualbudget von 210 Millionen erstellt, mit dem fünf Gemeindespitäler in das Fernwärmeverbundnetz einbezogen werden können. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

25 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) kritisierte, daß es bei der U 4 immer wieder zu unregelmäßigen Zugfolgen komme, und warf StR. Hatzl vor, statt für ein pünktliches Kommen der Züge zu sorgen, mit großem Aufwand das U-Bahn-Radio eingeführt zu haben. Er regte an, dem Hamburger Beispiel zu folgen, und die Mitnahme von Fahrrädern in den U-Bahn-Zügen zu erlauben. Er befürchte, sagte Regler weiter, daß die U-Bahn nicht so rasch wie angekündigt weitergebaut werde, weil im Rahmen der 990 Millionen, die für die U 3 präliminiert sind, noch keine Aufträge vergeben wurden. Als wichtig bezeichnete er es, bei Stationen bestehender Linien möglichst bald Aufstiegshilfen zu installieren, Regler stellten den ANTRAG, bei der dritten Ausbauphase der U-Bahn auch Verlängerungsmöglichkeiten nach Inzersdorf, Leopoldau, Währing, Döbling und Siebenhirten zu berücksichtigen.

Es sei unverständlich, daß der Einzelverkaufszuschlag bei Fahrscheinen auch dann eingehoben werde, wenn zur Fahrscheinausgabe Automaten dienen, sagte Regler.

In einem zweiten ANTRAG forderte die ÖVP, Schnellbahnstrecken von Penzing nach Meidling, von Hirschstetten zur Hausfeldstraße, von Stadlau nach Leopoldau und von Meidling nach Oberlaa vorzusehen.

Hinsichtlich des Straßenbahnverkehrs befürchtet Regler qualitative Nachteile auf dem Ring wenn die Linie T eingestellt und die Linie J verkürzt werden. Straßenbahnverbindungen nach Kaiserebersdorf und Inzersdorf seien dringend notwendig, und es sei zu wenig Geld für Beschleunigungsmaßnahmen vorgesehen. Bezirkswünsche aus der Leopoldstadt und aus Margareten nach besserer Verkehrserschließung seien noch nicht erfüllt. Park-and-Ride-Anlagen als Beitrag zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs sollten ehestens errichtet werden. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

26 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die beiden Hauptargumente für die Ablehnung des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke durch die ÖVP seien die enorme Stützung der Verkehrsbetriebe durch die Strombezieher und mangelhafte Vorsorge im Energiebereich, stellte GR. HAUBENBURGER (ÖVP) fest. Zur Energieversorgung habe die ÖVP viele sachbezogene Vorschläge und Anregungen gemacht, die SPÖ könne nun beweisen, wie ernst ihr eine sachliche Diskussion sei. Haubenburger forderte ein koordiniertes Energie- und Umweltkonzept, da man beide Bereiche nicht voneinander trennen könne. Dieses Energiekonzept müsse drei Schwerpunkte beinhalten: Wirksame Sofortmaßnahmen, mittelfristige Lösungen und langfristige Konzepte. Mit Sofort- und mittelfristigen Maßnahmen könne viel Energie eingespart werden. Beispielsweise sei es unverständlich, daß das Kühlwasser der ÖMV nicht genutzt werde, daß hier vorhandene Energie mit Energie vernichtet werden. Besonders abzulehnen sei die neuerliche Mehrwertsteuererhöhung für Energie von 13 auf 20 Prozent und deren Weitergabe an die Bevölkerung. Haubenburger kritisierte ferner den säumigen Umbau des Gasturbinenwerkes Leopoldau. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

27 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Vorwürfe der Oppositionsredner gehen in Leere, sagte GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), da Jahr für Jahr Frequenzsteigerungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln festzustellen seien. Die Tarifregulierung sei nötig, weil sich der Deckungsgrad verschoben habe. Und es sei doch eine alte ÖVP-Forderung, daß Unternehmungen der Stadt Wien nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu führen sind.

Die Wiener Stadtwerke werden bis zum Jahr 1992 30 Milliarden Schilling investieren. Damit wird eine Sicherheit bei der Energieversorgung geboten, die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel wird gesteigert, und es werden wichtige Impulse für die Wiener Wirtschaft gegeben. Die Investitionen dienen der Sicherung der Arbeitsplätze und versorgen die Industrie mit lebenswichtigen Aufträgen. Die Investitionstätigkeit der Stadt darf nicht schrumpfen. Der von der ÖVP geforderte Tarifstopp würde dazu führen, daß das nötige Geld für die Investitionen fehlt.

(Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

28 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP) sagte, daß die Vorsorge auf dem Energiesektor mangelhaft sei. Es sei nicht dafür gesorgt, alte mangelhaft arbeitende Kraftwerke durch neue Kraftwerke zu ersetzen. Überdies seien die Strom- und Gastarife in Wien bereits so hoch, daß sie von 40.000 Haushalten nicht mehr bezahlt werden könnten. Das gleiche gelte für die Fernwärmetarife, bei denen ebenfalls bereits tausende Kunden in Zahlungsverzug seien. Auch hier trage eine überhöhte Tarifgestaltung zur neuen Armut bei. Außerdem sei es nicht möglich, von StR. HATZL Informationen über die Gebarung der Heizbetriebe zu bekommen. Aber Hatzl habe ja nicht einmal die SPÖ-Fraktion über die Einführung der U-Bahn-Musik informiert. Um die Wiener Bevölkerung nicht weiter zu belasten, sei es nötig, so Kreiner, die Strom- und Gaspreise zu senken oder zumindest die mit Beginn 1984 anfallenden Mehrwertsteuererhöhungen nicht weiterzugeben. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

29 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Zum U-Bahn-Radio sagte StR. HATZL (SPÖ) in seinem Schlußwort, daß dies eine Idee aufgrund einer Umfrage aus dem Jahr 1978 gewesen sei. Die drei Millionen Schilling seien nicht für das U-Bahn-Radio investiert worden, sondern für eine Verbesserung des Informationssystems. Die Verkehrsbetriebe hätten es dem ORF ermöglicht, sein Programm auch in den U-Bahn-Stationen dem Publikum zugänglich zu machen. Es sei jedoch kein Einfluß auf die Programmgestaltung genommen worden.

Zur Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe erklärte Hatzl, daß das Tarifsysteem im gesamten zu betrachten sei. Die Grazer Verkehrsbetriebe haben bei nur einem Siebentel des Liniennetzes rund 120 Millionen Abgang. Bei vergleichbaren Ergebnissen aus Österreich und dem deutschen Raum erweise sich, daß die Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe außerordentlich sozial sei.

Das Beschleunigungsprogramm für öffentliche Verkehrsmittel sei überarbeitet worden, und die Bezirksvorsteher hätten in Kürze Gelegenheit, sich zu den Maßnahmen zu äußern. Er gebe durchaus zu, erklärte Hatzl, daß es beim Beschleunigungsprogramm Probleme gebe. Immerhin sei die Zahl der Kraftfahrzeuge in einem Zeitraum von zehn Jahren von 415.000 auf 675.000 gestiegen. Hatzl erklärte, er werde sich nicht scheuen, alle jene Institutionen beim Namen zu nennen, die das Beschleunigungsprogramm nicht wollen. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

30 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Senkung des Betriebskostenzuschusses erklärte Hatzl, das der Kapitalaufstockungsbetrag angehoben worden sei. Die Stadt Wien leiste also 1984 mehr für die Verkehrsbetriebe als 1983.

In Bezug auf die Gebrauchsabgabe erinnerte Hatzl daran, daß dies ein einstimmiger Beschluß des Wiener Landtages gewesen sei.

Auf die von GR. Mag. Regler erwähnte Störung bei der U 4 antwortete Hatzl, es habe bereits Gespräche mit den Verkehrsbetrieben gegeben, um ein Funktionieren des Informationssystems zu garantieren. Es gebe aber gerade bei der U 4 in den nicht gedeckten Bereichen Probleme, die durch die Witterung verursacht werden.

Solange es nicht zu einer Änderung in der Haltung der Niederösterreichischen Landesregierung zur Kostenaufteilung komme, könne er zur Ausweitung des Verkehrsverbundes unter Einbeziehung der Buslinien keine Empfehlung geben.

Die Aufträge für den Bauabschnitt 5 und U 3 seien im zuständigen Ausschuß bereits im September 1983 vergeben worden. Mit den Arbeiten werde am 2. Jänner begonnen.

Zu den Stromabschaltungen stellte Hatzl fest, daß nicht einmal 1,5 Prozent der Wiener Zähler abgeschaltet worden seien, außerdem werde nicht jede Abschaltung wegen Zahlungsrückständen vorgenommen.

Abschließend kündigte Hatzl an, daß die öffentlichen Verkehrsmittel 1984 um fünf Buslinien erweitert werden.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die in der Debatte gestellten Anträge wurden zugewiesen.

Die Budgetdebatte des Gemeinderates war damit beendet.

(Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Anfragen und Anträge

-++++

31 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß daran trat der Wiener Gemeinderat zu einer Geschäftssitzung zusammen. Dem Gemeinderat lagen eine Anfrage der ÖVP und ein Antrag der ÖVP betreffend Maßnahmen für die Jugendförderung vor. Sie wurden geschäftsordnungsgemäß zugewiesen.

Zwtl.: Flächenwidmung im 7. Bezirk

GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für ein Gebiet zwischen Burggasse, Kirchberggasse, Siebensterngasse und Kirchengasse im 7. Bezirk sowie die Festsetzung einer Schutzzone für ein Teilgebiet.

GR. CZERNY (ÖVP) wies darauf hin, daß der springende Punkt dieser Flächenwidmung der Park des Katholischen Pädagogischen Instituts sei, der den Schülern diene und dessen Öffnung für die Allgemeinheit für die Schule nachteilig wäre.

GR. BROSCHE (SPÖ) erklärte, es habe bereits 1965 Einigung über diese Widmungsänderung gegeben. Der neue Plan betreffe auch die Revitalisierung des Spittelbergs und die Schaffung von Grünflächen in diesem Bereich. Vor allem bedeute dieser Plan eine Anpassung an die Bauordnungsnovelle 1976. In bestehende Rechte werde jedenfalls nicht eingegriffen.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) wandte sich gegen eine Öffnung des Parks für die Allgemeinheit. Die Widmung des Klostergrundes als öffentlich zugängliche Grünfläche dokumentiere das Versagen der SPÖ in der Grünpolitik, weil es ihr nicht gelinge, in diesem Gebiet selbst Grünflächen zu schaffen. Sie forderte die SPÖ auf, auf den "Kurier"-Gründen eine Parkanlage zu errichten. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Flächenwidmung im 7. Bezirk

=++++

32 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte fest, daß die FPÖ für die EPK-Widmung, aber gegen die öZ-Widmung sei. Eine Parallele zu diesem Fall sei das Theresianum, wo von der öVP zum Unterschied zum 7. Bezirk ein freier öffentlicher Zugang verlangt wird. Das Kloster sollte den Zugang freiwillig öffnen.

GR. Dr. MAYR (öVP) sprach von einer Modeerscheinung der Architekten, alle Grünflächen in Wohnhäusern als öffentliche Parks oder Kommunikationszentren auszugestalten. Dies wird jedoch vielfach von der Bevölkerung abgelehnt. Am Spittelberg liege der Verdacht nahe, daß das fehlende Grün einer gemeindeeigenen Bauparzelle auf Kosten des Klosters ergänzt werden solle.

In seinem Schlußwort stellte GR. OBLASSER (SPÖ) fest, daß es ein Anliegen der Bevölkerung sei, Grünflächen auch benützen zu können. Gespräche mit der Kirche seien durchaus konstruktiv und, wie die Vertreter der Kirche betonten, zufriedenstellend verlaufen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Dramatisches Zentrum

=++++

33 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) stellte den Antrag, dem "Dramatischen Zentrum Wien" eine Subvention in der Höhe von 430.000 Schilling für das Jahr 1983 zu gewähren. Dieses 1972 gegründete Theater hat sich die Aufgabe gestellt, junge Regisseure, Schauspieler und Autoren auszubilden und neue und unkonventionelle Theatermethoden zu erproben.

GR. Dr. NEUBERT (öVP) lehnte namens der Volkspartei die Subvention ab. Die Berichte über Aktivitäten und Kostenabrechnungen des "Dramatischen Zentrums" bezweifelte er. "Von diesem Theater wird uns nur ein Theater vorgespielt." Während es österreichische Künstler gebe, die mit dem österreichischen Künstlerschicksal fertig werden müßten, gebe es auch österreichische Subventionskünstler mit guten Kontakten zur Mehrheitsfraktion.

In seinem Schlußwort zitierte GR. Dkfm. Dr. AIGNER Rezensionen aus in- und ausländischen Zeitungen, die das Wirken des "Dramatischen Zentrums" positiv beurteilen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Nachtragssubvention für "Die Komödianten"

=++++

34 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPö) beantragte eine Nachtragssubvention für das Theater "Die Komödianten" in der Höhe von 2,1 Millionen Schilling.

GR. PROCHASKA (öVP) kritisierte, hier werde eine Zusatzförderung an ein Theater vergeben, dessen schlechte Betriebsführung auch das Kontrollamt immer wieder zu Kritik herausfordere. Die Nachtragssubvention für "Die Komödianten" bedeute eine Benachteiligung für andere Klein- und Mittelbühnen, die im Rahmen des vorgegebenen Budgets arbeiten.

Kulturstadtrat MRKVICKA (SPö) entgegnete, daß "Die Komödianten" immerhin eine Theatergruppe seien, die schon seit den Kellertagen in der Börsegasse vorbildliche Arbeit leiste. Nun sei vielleicht aufgrund der intensiven künstlerischen Tätigkeit die kaufmännische Gebarung der Bühne in Unordnung geraten. Man wolle den Komödianten nun helfen, die Schulden abzubauen und damit einen Schlußstrich zu ziehen. Ab 1984 - und dies sei auch mit den Komödianten besprochen worden - müsse das Theater mit dem vorgegebenen Budget auskommen.

In ihrem Schlußwort betonte GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPö), daß die Komödianten bereits im heurigen Jahr eine Reihe von Auflagen des Kontrollamtes erfüllt haben. Die künstlerische Potenz der Gruppe sei gerade jetzt wieder durch das Presseecho auf die jüngste Produktion "Mandragula" bestätigt worden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.)

gab/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Flächenwidmungsplan im 19. Bezirk

=++++

35 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Margarete TISCHLER (SPö) stellte den Antrag auf Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Hoher Warte, Ruthgasse, Scheibengasse und Silbergasse im 19. Bezirk.

GR. Ing. MANDAHUS (öVP) erklärte, seine Fraktion gebe gerne die Zustimmung zu diesem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, erinnere aber an das Hintergrundproblem "Andrassy-Villa". Es sei erfreulich, daß für diese von Theophil Hansen erbaute Villa, die ein Kulturdenkmal ganz besonderer Qualität darstelle, nun ein Käufer gefunden sei. Mandahus legte dem den Verkauf behandelnden Ausschuß die Bitte nahe, einen Termin zur Sanierung festzusetzen und darauf zu drängen, daß die Deckengemälde sofort restauriert werden. Anderenfalls würde sich nichts anderes ändern als der Name des Besitzers.

GR. Margarete TISCHLER (SPö) erklärte, daß die Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes eine weitgehende Absicherung der dort bestehenden Grünflächen und des Baumbestandes garantiere.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Hernalser Bezirkszentrum

=++++

36 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Der Antrag, der GESIBA die Baudurchführung für das Hernalser Bezirkszentrum zu übertragen, wurde mit den Stimmen der SPÖ beschlossen.

Zwtl.: Kanalgebühren

StR. MAYR (SPÖ) beantragte eine Änderung der Kanalgebührenordnung 1978, um den Kostendeckungsgrad wie bisher zu erhalten. Deshalb sei eine durchschnittliche Erhöhung um sieben Prozent notwendig.

GR. DALLER (ÖVP) erklärte, daß die Benützer von Senkgruben gegenüber jenen benachteiligt seien, die im dichtbebauten Gebiet an das Kanalnetz angeschlossen sind. Daller verlangte daher aus sozialen, wirtschaftlichen und Umweltschutzgründen, daß bis zur Herstellung von Kanälen in Stadtrandgebieten die Kosten für die Senkgrubenräumung reduziert werden.

In seinem Schlußwort sagte StR. MAYR (SPÖ), daß die Stadt Wien bemüht sein muß, die Voraussetzungen für die Kanalherstellung zu schaffen. Dies setze jedoch auch eine entsprechende finanzielle Grundlage voraus. Er ließ keinen Zweifel daran, daß es immer darum gehe, zwischen den Notwendigkeiten für die Gemeinschaft und den zumutbaren Belastungen für den einzelnen zu entscheiden. Man dürfe auch nicht diejenigen zur Kasse bitten, die im dichtbebauten Stadtgebiet an den Kanal angeschlossen sind, um am Stadtrand für Einfamilienhäuser eine preisgünstigere Anschlußmöglichkeit zu schaffen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Transportgebührenordnung

=++++

37 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Eine Änderung der Transportordnung beantragte StR. MAYR (SPÖ). Die Rettungs- und Krankenbeförderungskosten sollen von derzeit 1.500 Schilling auf 1.600 Schilling angehoben werden, und für jeden gefahrenen Kilometer außerhalb Wiens sollen statt 77 Schilling 82 Schilling verrechnet werden. Mayr stellte fest, daß diese Kosten in der Praxis nicht vom Patienten zu bezahlen seien, sondern von den Krankenversicherungen. Die neu festgesetzte Summe diene als Verhandlungsbasis gegenüber der Krankenkasse. Wollte man tatsächlich kostendeckend fahren, so müßten die Transportgebühren für die Rettung 2.066 Schilling ausmachen.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) erklärte, daß ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird, sie halte die Erhöhung für unsozial. Als Verhandlungsbasis für die Krankenkasse sollte man jedoch die 2.066 Schilling heranziehen. Hampel-Fuchs forderte neue Rettungsstationen für den 10. und 19. Bezirk. In Aspern wäre ein zweiter Rettungswagen notwendig. Außerdem gebe es noch andere Mißstände.

Die Begründung der Ablehnung seitens der ÖVP sei widersprüchlich, bemerkte GR. DINHOF (SPÖ). Man könne nicht einerseits von einer unsozialen Erhöhung sprechen und gleichzeitig für die Verhandlungsbasis den höheren Betrag verlangen. Dinhof fragte, welche Mißstände es bei der Rettung gebe. Es sei entscheidend, wie der Patient versorgt werde, und dies geschehe im allgemeinen sehr gut.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung meldete sich GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Sie halte die 1.600 Schilling für unsozial, aber aufgrund der Begründung StR. Mayrs sollten die tatsächlichen Kosten als Verhandlungsbasis bei der Krankenkasse genommen werden. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Transportgebührenordnung

=++++

38 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) In einer kurzen Wortmeldung schloß sich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) dem Dank von StR. Maria Hampel-Fuchs an die Mitarbeiter der Wiener Rettung an. Auch den Mitarbeitern des Roten Kreuzes und des Arbeitersamariterbundes müsse man für ihre Arbeit danken.

Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) lehnte den Vorschlag von StR. Hampel-Fuchs, auf der Basis von 2.066 Schilling mit der Krankenkasse zu verhandeln, ab.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Zwtl.: Psychiatriekommission

Der Gemeinderat wählte einstimmig acht Mitglieder der Psychiatriekommission. Die SPÖ stellt fünf Mitglieder, die ÖVP drei. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Bestattungstarife

=++++

39 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. PESKA (SPÖ) beantragte die Erhöhung der Tarife der Städtischen Bestattung ab 1. Jänner 1984 um den Satz der Mehrwertsteuererhöhung.

GR. Ing. KREINER (ÖVP) deponierte die Ablehnung der ÖVP mit der Begründung, daß die Bestattung einen echten Gewinn von 18,5 Millionen ausweise. Durch die Stützung der Verkehrsbetriebe in der Höhe von 8,2 Millionen und eine Reihe weiterer Maßnahmen werde allerdings lediglich ein Gewinn von 1,5 Millionen ausgewiesen.

GR. STRANGL (SPÖ) betonte, daß die Erhöhung lediglich den ab Jänner 84 gültigen Mehrwertsteuersatz abfange. Würde man die Gebühren ohne Mehrwertsteuer angeben, so würde es auch keine Preiserhöhung geben.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Schlußwort von Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner

=++++

40 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER dankte allen Mitgliedern des Stadtsenats und des Wiener Gemeinderates sowie allen Mitarbeitern für ihren persönlichen Einsatz. Der Wiener Gemeinderat hat heuer in elf Sitzungen 1.019 Geschäftsstücke behandelt. In rund 112 Ausschusssitzungen wurden mehr als 3.000 Anträge bearbeitet und mehr als 90 Prozent davon einstimmig beschlossen.

Diese Bilanz zeige, erklärte Fröhlich-Sandner, daß ein Konsens im Interesse der Stadt vorhanden sei. Die Lebensqualität Wiens hänge für viele Bürger nicht zuletzt davon ab, wie tolerant und menschlich ihre Mitmenschen seien. Keine Stadtverwaltung könne auf die Dauer kinderfreundlicher, kulturbewußter oder hilfsbereiter sein, als die Bewohner dieser Stadt es selbst sind. Fröhlich-Sandner äußerte die Überzeugung, daß in Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung, der Stadt Wien und den Partnern in der Wirtschaft es auch 1984 gelingen werde, das hohe Beschäftigungsniveau in Wien zu halten.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner übermittelte im Namen des gesamten Gemeinderates die besten Wünsche für das Jahr 1984 an alle Wiener, an ihre Landsleute in den anderen Bundesländern und an die Österreicher im Ausland.

Der Vorsitzende des Gemeinderates, GR. MAYRHOFER (SPÖ), übermittelte Genesungswünsche an Bürgermeister Leopold GRATZ. Die Sitzung des Gemeinderates endete um 19.45 Uhr. (Schluß) jel/gg

NNNN